

Martin Haag

**Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e. V., Landesverband
Baden-Württemberg**

Mittwoch, 07. Februar 2024, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.

Auch von mir einen guten Morgen, meine sehr geehrten
Damen und Herren!

Weniger gut – das haben bereits die aktuellen Zahlen und die
Ausführungen von Herrn Krauth gezeigt – ist die Situation
unserer Branche. Wir sind eine der wichtigen und zentralen
Industriebranchen in Deutschland und Baden-Württemberg.

Damit das so bleibt, brauchen wir aber Unterstützung. Damit
meine ich tatsächlich aktive Unterstützung. Wir brauchen
einen Politikwechsel – hin zu einer aktiven Wirtschaftspolitik,
die auch eine Wirtschaftsförderungspolitik ist!

Und nicht immer mehr und immer weitere Steine, die uns in
den Weg gelegt werden. Dies betrifft den internationalen
Vergleich mit externen Wettbewerbern wie auch gegenüber
konzerninternen Standorten.

Energiekosten

Wo klemmt es? Unsere Unternehmen sind massiv betroffen
insbesondere von den hohen deutschen Preisen im
Energiesektor. Leider ist dies eine Dauerbotschaft von uns, da
sich substantiell wenig geändert hat. Auch der Erhalt der
Energieversorgungssicherheit ist essentiell.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Wir haben uns auf die
Energie-Transformation eingestellt – aber, dass bei diesem
Mammutprojekt die Wettbewerbsfähigkeit auf der Strecke
bleibt und ständig die Spielregeln geändert werden, macht es
sehr schwierig für unsere Unternehmen.

Wasserstoff

Zur Energie-Transformation gehört auch Wasserstoff: Wir benötigen ihn sowohl energetisch als auch als Rohstoff in der Chemie. Wir kennen aufgrund einer in 2023 vorgelegten und jüngst weiter spezifizierten Studie jetzt den potentiellen Bedarf im Land. Nun gilt es dringend die Wasserstoffinfrastruktur anzupassen – und dabei brauchen wir leitungsgebundene Versorgung und dezentrale Erzeugung. Sonst droht die Gefahr, dass der Südwesten vom Wasserstoff – und damit von der Transformation! – abgekoppelt wird.

Weiter steigende Bürokratie

Das Energiethema ist aber nur eins von vielen ungelösten Problemen. Auf der Mängelliste stehen weiterhin auch die überbordende Bürokratie und Regulierung.

Was ist das, „die Bürokratie“? Das ist eine inzwischen für Unternehmen kaum mehr überschaubare Vielzahl an Regelungen und Vorschriften. Ich nenne nur ein paar wenige, die uns besonders belasten:

- Genehmigungsverfahren von Industrieanlagen, die immer langwieriger und komplexer werden,
- Zulassungsverfahren im Pharmabereich, bei Rohstoffen oder neuen Produkten, die immer neue und zusätzliche Dokumentationspflichten auferlegen
- Die EU-Lieferketten-Richtlinie. Ja, sie wird eventuell in der vorliegenden Form scheitern. Das begrüßen wir – denn in ihrer jetzigen Form würde sie insbesondere auch den Mittelstand überfordern. Ein Scheitern bietet die Chance, ohne Abstriche bei den Zielen die Umsetzung wirtschaftsfreundlicher zu gestalten.

Jetzt stellen Sie sich bitte ein mittelständisches Chemie-Unternehmen in Baden-Württemberg vor.

Es hat keine Spezialistenabteilungen, die sich mit Compliance, Genehmigungsverfahren, Chemikalienpolitik oder CSR

beschäftigen. Und es hat Kostenprobleme – Energie, Rohstoffe, Arbeitskosten.

Obendrauf eine Bürokratie, die Zeit, Geld und Nerven kostet. Daher begrüßen wir die Idee der Entlastungsallianz Baden-Württemberg und helfen mit dabei, Regulierung auf den Prüfstand zu stellen.

Standort D wackelt

Es ist kein Wunder, dass wir inzwischen nur noch dann in Deutschland investieren, wenn wir keine andere Wahl haben. USA, China, Indien, Frankreich – das sind Beispiele für zentrale Länder, in die insbesondere die Investitionen der Grundstoff- und Spezialchemieunternehmen aktuell fließen. Weil die Standortbedingungen dort deutlich besser sind.

An vielen Standorten in einigen Teilbranchen kann zu den jetzigen Bedingungen kein Geld mehr verdient werden. Investitionen fließen vermehrt ins Ausland. Es droht eine schleichende Deindustrialisierung.

Pharmastandort Baden-Württemberg

Nun ein Blick auf unsere größte Teilbranche im Land: Die Pharmaindustrie. Sie ist ein echtes Asset für Baden-Württemberg.

Fast fünfzigtausend Menschen arbeiten in pharmazeutischen Betrieben in Baden-Württemberg. Sie sind ein unverzichtbarer Teil der industriellen Gesundheitswirtschaft im Land. Umso wichtiger ist es für uns, dass die Unternehmen hier weiterhin Standortbedingungen haben, mit denen sie gut arbeiten können.

Dafür treten wir als VCI ein, dafür engagieren wir uns mit der Landespolitik unter anderem im Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg. Wir haben gemeinsame Ziele – beispielsweise die Digitalisierung in der Forschung

voranzutreiben. Ministerpräsident Kretschmann hat es auf den Punkt gebracht: „Um medizinische Erkenntnisse schneller in die Versorgung zu bringen, brauchen wir weniger bürokratische Hürden!“

Aber dazu müssen den Absichtserklärungen Taten folgen: Für die Arzneimittelhersteller müssen die Genehmigungsverfahren von klinischen Studien vereinfacht werden. Wir treten dafür ein, für Baden-Württemberg statt bisher sechs regionalen eine einheitliche medizinische Ethikkommission einzusetzen. Das würde Verfahren vereinheitlichen und beschleunigen. Auch die Nutzung von Gesundheitsdaten – anonym und sicher – muss möglich sein. Die Anstrengungen des Landes in Berlin dazu unterstützen wir ausdrücklich!

Arzneimittelengpässe

Gesundheitspolitik ist in den meisten Punkten Bundessache. Das zeigt sich beispielsweise auch am immer wiederkehrenden Thema Arzneimittelengpässe: Regelmäßig mehr als fünfhundert Arzneimittel sind seit vergangenem Sommer in den Apotheken nicht lieferbar.

Die vorgeblichen Gründe kennen Sie: Wirkstoffe hängen in der Lieferkette, kurzfristige Ausfälle von Produzenten.

In der Praxis wissen wir aber, dass da noch mehr ist: Die Rabattverträge haben die Herstellungspreise von Medikamenten teilweise so gedrückt, dass niemand mehr eine Produktion in Europa, geschweige denn in Deutschland bezahlen kann. Ideen, dass bei Ausschreibungen mindestens ein Hersteller aus Europa mit zum Zuge kommen soll, sind gut – springen aber zu kurz. Es müssen auch Wirkstoffe in Europa hergestellt werden können – zu auskömmlichen Preisen. Wenn wir nicht bereit sind, für lebensnotwendige Produkte entsprechende Preise zu bezahlen, können wir unser erstklassiges Gesundheitssystem auf Dauer nicht bewahren.

Das ist ein Aspekt, der leider nur langfristig angegangen werden kann.

Kurzfristig können Engpässe gemildert werden, indem starre Regeln für den Großhandel und die Apotheken gelockert werden. Was hinzukommen muss: Bundeseinheitliche Regelungen – die bei regionalen Engpässen Abhilfe schaffen können. Auch hier gilt: Die Bemühungen Baden-Württembergs im Bundesrat laufen – aber sie müssen auch erfolgreich sein!

Abschwung bei Pharma

Bislang ist die Pharmaindustrie die Teilbranche, die in Summe relativ stabil durch die Krise gekommen ist. Wir sehen aber – besonders in der Produktion – eine deutliche Volatilität, was 2024 anhalten wird, mit einer Tendenz nach unten. Die Arzneimittelhersteller rechnen in diesem Jahr insbesondere bei den Inlandsumsätzen mit Rückgängen; zudem werden die Investitionen in der Mehrheit stagnieren. Das ist für eine forschungsintensive Branche kein gutes Zeichen.

Wir sind in den vergangenen zwei Jahren besser als die gesamtdeutsche Chemie- und Pharmaindustrie durch die Krisen gekommen. Die baden-württembergische Grund- und Spezialchemie, und die Farben- und Lackhersteller sind im vergangenen Jahr beim Umsatz bereits eingebrochen. Es sieht leider so aus, als ob es jetzt weitergeht.

Prognose 2024

Damit komme ich zum Schluss – zu unserer Gesamtprognose für die Branche. Und die ist nicht optimistisch: Ausgehend von den Beurteilungen unserer Unternehmen und den Rahmenbedingungen rechnen wir mit einem Umsatzminus für 2024 von etwa drei Prozent. Die Chemie-Produktion wird leicht zurückgehen.

Diese Aussichten sind nicht gut. Aber: Die Politik hat es in der Hand, über 2024 hinaus Weichen zu stellen, damit unsere Branche wieder nach vorne kommt:

- Die Bürokratie muss abgebaut werden und es darf keine neue Regulierung dazukommen.
- Energie in Deutschland muss wieder bezahlbar werden.
- Der Staat muss mit Priorität dort investieren, wo am meisten Nutzen – Steuereinnahmen genauso wie Fortschritt – entsteht!

Kurzum: Wir brauchen eine „Offensive 2030“, damit der Industriestandort Deutschland wieder in Schwung kommt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!